**Hansestadt Wipperfürth** **A/2014/141**
**Der Bürgermeister**

II - Stadt- und Raumplanung

**Integriertes Klimaschutzkonzept; Versorgung der Innenstadt mit Nahwärme**
**Antrag des Ratsherrn Christoph Goller / Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, vom 13.01.2014**

| Gremium | Status | Datum | Beschlussqualität |
|---|---|---|---|
| Stadtrat | Ö | 28.01.2014 | Entscheidung |

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Hansestadt Wipperfürth hat im Kalenderjahr 2013 in Zusammenarbeit mit dem Büro KoRiS (Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung, Hannover) ein vom Bundesministerium gefördertes Integriertes Klimaschutzkonzept erarbeitet. Die Endfassung samt Maßnahmenkatalog ist der Beschlussvorlage zu Tagesordnungspunkt 1.5.2 als Anlage beigefügt.

Die Ende 2012 gegründete Koordinierungsgruppe, bestehend aus Vertretern von Verwaltung, Gewerbe und Industrie, Energiewirtschaft und –beratung sowie Forst- und Landwirtschaft, begleiteten das Konzept über den gesamten Erarbeitungszeitraum. Mit Hilfe der Koordinierungsgruppe, engagierten Bürgerinnen und Bürgern und dem Büro KoRiS ist ein umfassender Maßnahmenkatalog verfasst worden, der bei der Umsetzung des Konzeptes durch ein Klimaschutzmanagement zur $CO_2$-Einsparungen führen wird und somit den bundesweiten Anforderungen zur $CO_2$-Reduzierung der Bundesregierung gerecht wird.

Im Integrierten Klimaschutzkonzept der Hansestadt Wipperfürth unter dem Handlungsfeld 2 – *Energieeffizienz*, ist u.a. eine Maßnahme erarbeitet worden, die den Titel trägt: „*2-01 BHKW-Offensive: Energiesparen durch Kraft-Wärme-Kopplung*“. Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bietet die Chance, Energie effizienter als bisher einzusetzen. Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit ist allerdings, dass ganzjährig ein Wärmebedarf in den betreffenden Gebäuden besteht. Die Hansestadt Wipperfürth möchte die Kraft-Wärme-Kopplung gezielt ausbauen und startet daher mit interessierten Akteuren aus Wirtschaft, Verwaltung und privaten Haushalten eine BHKW-Offensive (Blockheizkraftwerk-Offensive). Ziel ist es, sowohl Anlagen in Industrie- und Gewerbebetrieben zu realisieren, als auch die Versorgung "kompakter Dörfer" mit Aufbau eines Nahwärmenetzes zu prüfen. Mittel- bis langfristig könnten unter Einsatz weiterer regenerativer Energiequellen "energieautarke Kirchdörfer" entstehen (ähnlich Energiegenossenschaft Lieberhausen eG). Darüber hinaus sollen Mini- oder Mikro-BHKW in privaten Haushalten und kleinen Gewerbebetrieben realisiert werden.
Das 2010 sanierte und mit einem BHKW ausgestattete Walter-Leo-Schmitz-Bad sowie weitere bestehende Anlagen sollen als gute Beispiele der interessierten Öffentlichkeit präsentiert werden. Die BHKW-Offensive soll darüber hinaus auch die interessanten KWK-Projekte einbeziehen, die sich in der Planung bzw. im Bau befinden.

Ob und in welchem Umfang eine derartige Realisierung im Rahmen des InHK auch im Innenstadtbereich der Hansestadt möglich ist, bedarf einer umfassenden Untersuchung. Die in der Innenstadt bestehende Kleingliedrigkeit der Grundstückparzellen würde sicherlich für eine derartige Versorgung sprechen, dennoch gilt es zu prüfen, ob die Hauseigentümer überhaupt bereit wären, sich an den Kosten etc. zu beteiligen. Sämtliche Grundrisse der Häuser und Hausgruppen müssten überprüft werden, ob eine Nahwärmeversorgung überhaupt möglich wäre. Neben dem reinen Nahwärmenetz (bestehend aus Rohren bzw. Leitungen) stellt sich noch die Frage der Größe des Blockheizkraftwerkes und des Standortes. Je nach Standort müsste ebenfalls umfangreich überprüft werden, ob und über welche Leitungswege das Nahwärmenetz letztlich erschlossen sein wird.

Die Verwaltung selbst ist fachlich und personell nicht in der Lage, das komplexe Thema einer möglichen Versorgung der Innenstadt mit Nahwärme zu überprüfen. Es müsste daher ein entsprechender Prüfauftrag entweder an den örtlichen Versorger oder an ein externes Planungsbüro/Unternehmen etc. erteilt werden, die sich technisch mit Nahversorgungskonzepten befassen. Inwieweit es möglich ist, ein innerstädtisches Nahwärmeversorgungskonzept in den zeitlichen Rahmen zur Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes einzubinden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingeschätzt werden.

**Beschlussentwurf der Verwaltung:**

Dem Antrag wird zugestimmt. Das Prüfungsergebnis ist dem sachlich zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur Beratung vorzulegen.